

# Kommunen rüsten sich gegen Bevölkerungsschwund

Von unserem Redaktionsmitglied  
BERND EVERS

*Grake JAM*

**Detmold** (gl). Es ist eine Zeitwende: Die Bevölkerung in der Region schrumpft. „Im vergangenen Jahr sank die Einwohnerzahl in Ostwestfalen-Lippe um 6212 Personen“, erklärte gestern die Detmolder Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl. Der Bevölkerungsverlust treffe besonders den östlichen Teil der Region mit Ostlippe und Höxter, während es im Westen in den Kreisen Gütersloh und Paderborn noch teilweise Bevölkerungswachstum gebe.

Auf Städte und Kommunen kommen angesichts dieser Entwicklungen neue Herausforderungen zu. Im Rahmen einer Tagung der Bezirksregierung Detmold informierten sich gestern Lokalpolitiker über Chancen und Risiken der Entwicklung.

„Wir fragen uns: Was kann eine Gemeinde für alle tun?“, erläuterte Hans Hoppenberg (CDU), Bürgermeister der Gemeinde Extertal, sein Zukunftskonzept. Die vier Gemeinden Extertal, Barn-

trup, Dörentrup und Kalletal wollen sich zur Region Nordlippe mit 47 000 Einwohnern zusammenschließen. Mit einer Vielzahl von Projekten werde versucht, Ausgaben zu senken, ohne die Nähe zum Bürger zu verlieren, erklärte Hoppenberg. Beispiel Stadesämter: Früher hatte jede Gemeinde einen eigenen Standesamtsbezirk, heute werde die Aufgabe von einer Gemeinde zentral verwaltet. Die Standesbeamten können sich besser gegenseitig vertreten. „Die Flexibilität ist größer geworden, die Kosten sinken“, erklärte Hoppenberg. Durch die Zusammenlegung würden 4200 Euro jährlich eingespart.

Kooperationen gebe es zudem beispielsweise beim Datenschutzbeauftragten. Der Schulentwicklungsplan werde für alle vier Kommunen aufgestellt. „Wir sind auf dem Weg zu einer Gemeinde“, sagte Hoppenberg.

Friedhelm Spieker (CDU), Bürgermeister von Brakel (Kreis Höxter, 18 000 Einwohner) betonte, dass vor dem Hintergrund sinkender Einwohnerzahlen die Ausga-

ben der Kommunen angepasst werden müssen. Beispiel Straßennetz: „Ein Drittel der Straßen wird im Jahr 2030 nicht mehr gebraucht“, sagte der Brakeler. Angesichts von Konzentrationsprozessen in der Landwirtschaft würden vielfach öffentliche Wege zu entlegenen Feldern überflüssig.

Umdenken forderte Spieker angesichts der Veränderungen auch von der Landes- und der Bundespolitik. Die Pflegeversicherung beispielsweise müsse bis ins Jahr 2030 auf neue Beine gestellt werden.